



## Pressemitteilung

Schwerin, den 01.11.2007

### Landesrechnungshof übergibt den Kommunalbericht als ersten Teil des Jahresberichtes 2007

Dr. Tilmann Schweisfurth, Präsident des Landesrechnungshofes Mecklenburg-Vorpommern, legte am 01.11.2007 dem Landtag den ersten Teil des Jahresberichtes, den Kommunalbericht 2007, vor. Neben den Ergebnissen der Kommunalprüfungen und einer ausführlichen Analyse der Finanzlage der Kommunen enthält er Empfehlungen des Landesrechnungshofes zur Neuauflage der Verwaltungsreform sowie Modellbetrachtungen zur Lösung der bestehenden Stadt-Umland-Probleme. „Die thematische Breite hat gegenüber dem Vorjahr noch zugenommen. Denn auch die Herausforderungen, vor denen die kommunalen und staatlichen Akteure Mecklenburg-Vorpommerns gegenwärtig stehen, sind noch vielfältiger geworden“, so der Präsident des Landesrechnungshofes.

Die Analysen im Bericht zeigen, dass Forderungen der kommunalen Ebene nach zusätzlichem Geld genauso wenig berechtigt sind wie der Ruf nach schnellen Aufgabenübertragungen vom Land auf die Kreise.

Die Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns hatten 2006 im Ländervergleich sowohl die mit Abstand höchsten Einnahmen als auch Ausgaben je Einwohner aufzuweisen. Der erhebliche Teil davon entfällt nicht auf die für den Aufbauprozess wichtigen investiven Maßnahmen, sondern auf den laufenden konsumtiven Bereich. Dr. Schweisfurth dazu:

„Unsere Kommunen erhalten überproportional viel Geld, das überwiegend in hohe Personal- und Sachausgaben bzw. Sozialleistungen fließt.“

Zentrales Problem der kommunalen Ebene sind diese überbordenden laufenden Ausgaben, die kaum Raum für zukunftsgerichtete Investitionsausgaben aus eigener Kraft lassen. Erforderlich sind keine zusätzlichen Finanzmittel, sondern ein Umsteuern bei den Ausgaben, indem die Aufgabenerledigung auf kommunaler Ebene insgesamt effizienter und sparsamer gestaltet wird. Insbesondere die kaum zukunftsfähigen Strukturen behindern den notwendigen durchgreifenden Konsolidierungserfolg.

Gegenwärtig ist festzustellen, dass kommunale Eigenmittel für die im Vergleich eher zu geringen Investitionen nahezu nicht vorhanden sind. Statt dessen werden diese überwiegend aus Zuweisungen des Landes bzw. Bund und EU finanziert. „Flankiert wird dieser problematische Rückzug aus eigenfinanzierten Investitionen durch zu hohe Förderquoten des Landes, die sich oftmals nahe der Vollfinanzierung bewegen“, so Dr. Schweisfurth.

In den kommenden Jahren, bis zum Auslaufen der EU-Förderperiode 2013, besteht im Land die letztmalige Gelegenheit, gezielt zukunfts wirksame und nachhaltige Investitionen auf hohem Niveau zu tätigen. Im Bereich der kommunalen Infrastruktur sieht der Landesrechnungshof hier vor allem in den Zentren noch erheblichen Handlungsbedarf.

Absolutes Sorgenkind bleiben die kommunalen Sozialausgaben. In Mecklenburg-Vorpommern entfielen 34 % der laufenden Ausgaben der Kommunen 2006 auf diesen Bereich, so viel wie in keinem Vergleichsland. Wie die Analysen im Kommunalbericht 2007 zeigen, gibt es hier im Ländervergleich nach wie vor keine kommunale soziale Leistung mit unterproportionalem Ausgabenniveau. Vor allem der sehr hohe Anteil von Empfängern der kosten trächtigen SGB-II-Leistungen im Land führt zu erheblichen Mehrausgaben. Dazu der Präsident des Landesrechnungshofes: „Neben den sozioökonomisch bedingten höheren Fallzahlen im Ländervergleich tragen jedoch auch Steuerungs- und Kontrolldefizite dazu bei.“

Neben den aktuellen Analysen gilt es gleichermaßen, die langfristigen Perspektiven nicht aus dem Blick zu verlieren. Für die Haushalte unserer Kommunen bedeutet dies insbesondere, dass sie ihre gegenwärtig hohen laufenden Ausgaben mindestens auf das Niveau der Kommunen der finanzschwachen Westflächenländer reduzieren müssen. Ab 2020 wird Mecklenburg-Vorpommern keine Solidarpaktmittel mehr erhalten.

Einen prinzipiellen Schritt nach vorn wies aus Sicht des Landesrechnungshofes die im Juli in Greifswald gescheiterte Verwaltungsreform. Bei einem neuen Anlauf muss eine schlan-

ke und effiziente Verwaltung weiterhin das zentrale Leitbild darstellen. Durch Synergien und positive Skaleneffekte sollten deutliche Kostensenkungen ermöglicht werden. Die vom Verfassungsgericht hierfür auf kreislicher Ebene gezogenen Grenzen der Gewährleistung bürgerlicher Partizipation auch in Großkreisen sind selbstverständlich zu beachten.

Nun werden neue Forderungen laut, die Funktionalreform, also Aufgabenübertragungen vom Land an die Kreise, müsse wie geplant durchgeführt werden. Und dies sogar vor oder unabhängig von der Kreisgebietsreform. Dazu Dr. Schweisfurth: „Es ist meines Erachtens eindringlich davor zu warnen. Im Gegenteil plädiert der Landesrechnungshof dafür, Aufgabenübertragungen vom Land an die Kreise von einer durchgreifenden Kreisgebietsreform abhängig zu machen.“ Darüber hinaus sollte auch eine Optimierung der Strukturen und die Bündelung von staatlichen Aufgaben beim Land ernsthaft in die Prüfung von Alternativen einbezogen werden, um auf beiden Seiten die notwendigen Einsparungen bei der Verwaltung zu erreichen.

Die Analysen des Landesrechnungshofes zeigen zudem, dass auch ohne eine Funktionalreform erhebliche Effizienzpotenziale im dreistelligen Millionenbereich bei den Personalausgaben sowie den sächlichen Verwaltungsausgaben allein durch Zusammenlegung bzw. Vergrößerung der bestehenden Landkreise bestehen dürften. „Nirgendwo ist der laufende Geschäftsbetrieb der Kreisverwaltungen so teuer wie in Mecklenburg-Vorpommern“, legt Dr. Schweisfurth anhand der vorliegenden Berechnungen dar. Die kostenintensive Kleinteiligkeit der Verwaltung bedingt auf der kreislichen Ebene Mehrausgaben im dreistelligen Mio.-Euro-Bereich.

Außerdem erachtet der Landesrechnungshof eine begleitende Gemeindegebietsreform zur Auflösung der gleichermaßen auf der unterkreislichen Ebene bestehenden kostenintensiven Kleinteiligkeit als notwendig und legt der Landesregierung eine beschleunigte Reform des Finanzausgleichsgesetzes nahe.

In diesem Gesamtkontext bedarf es auch der Lösung der Stadt-Umland-Probleme im Umfeld der kreisfreien Städte. Ungeachtet notwendiger eigener Konsolidierungsanstrengungen ist die kritische Lage der kreisfreien Städte auch Ausdruck ihrer fiskalischen Doppelbelastung in den Stadt-Umland-Räumen: sie stellen kostenintensive, zuschussbedürftige zentralörtliche Leistungen zur Verfügung, ohne dass die erhebliche Zahl der Nutzer aus dem jeweiligen Umland einen äquivalenten Finanzierungsbeitrag leistet. Daneben konkurrieren sie um Einwohner und Wirtschaftsansiedlungen inklusive den ent-

sprechenden Einnahmen mit den Umlandgemeinden, die auf Grund ihres geringeren Aufgabenspektrums deutlich niedrigere Hebesätze aufweisen.

„Laut unseren Modellrechnungen ergibt sich ein positiver Nettoeffekt von bis zu 60 Mio. Euro jährlich für alle kreisfreien Städte durch Eingemeindungen in ihrem Umland. Wir wissen natürlich, dass im Land gegenwärtig politisch eher Präferenzen zur Lösung der Stadt-Umland-Probleme durch Kooperationen bestehen. Insofern sehen wir unsere Modellrechnungen als fiskalische Messlatte für die diskutierten freiwilligen Lösungen an“, führt der Präsident des Landesrechnungshofes aus.

Im Rahmen der überörtlichen Prüfung hat der Landesrechnungshof der Hansestadt Rostock Potentiale für Ausgabenreduzierungen und Mehreinnahmen in Höhe von rd. 80 Mio. Euro jährlich aufgezeigt. Sofern die Stadt die erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen zügig beschlossen und umgesetzt hätte, wäre ein vollständiger Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits bis 2009 sowie die Erwirtschaftung von Überschüssen zur Rückführung ihrer Altdefizite möglich gewesen. „Die Hansestadt Rostock ist durchaus in der Lage, ihre dauernde finanzielle Leistungsfähigkeit aus eigener Kraft wiederherzustellen. Auch wenn dabei manch schmerzhafter Einschnitt nicht zu vermeiden ist“, so Dr. Schweisfurth.

Im Rahmen einer konzeptionell gleichartigen Prüfung berät der Landesrechnungshof derzeit die Landeshauptstadt Schwerin bei der Konsolidierung ihres defizitären Haushalts. Die Prüfungsmitteilung wird nach gemeinsamer Erörterung des Berichtsentwurfs mit zahlreichen Einsparungsvorschlägen zeitnah an die Landeshauptstadt Schwerin übergeben.